

Bern, 23. März 2021

Appell der Schweizerischen Gesellschaft für Aussenpolitik an den Bundesrat:

InstA-Verhandlungen zügig abschliessen und über Verhandlungsergebnis demokratisch entscheiden lassen.

Die Schweizerische Gesellschaft für Aussenpolitik fordert den Bundesrat auf, seine Verantwortung in der Europapolitik endlich wahrzunehmen, die Klärung der noch offenen Punkte proaktiv voranzutreiben und Leadership im Sinne von Entschlossenheit und Geschlossenheit zu demonstrieren, so dass das bilaterale Verhältnis Schweiz-EU rasch auf eine solide und zukunftstaugliche rechtliche Basis gestellt werden kann.

Das langwierige, inzwischen über zwei Jahre anhaltende Zaudern bzw. Nicht-Entscheiden des Bundesrates über das Institutionelle Rahmenabkommen (InstA) gefährdet die Zukunft des bilateralen Wegs. Damit wird die wohlstandsmehrende Verflechtung mit dem EU-Binnenmarkt aufs Spiel gesetzt. Das vorliegende InstA ist ein guter Vertrag, der den wirtschaftlichen und – namentlich dank neuen Mitspracherechten – auch den souveränitätspolitischen Anliegen der Schweiz gerecht wird. Ein «Übungsabbruch» seitens des Bundesrats wäre für die schweizerische Aussenpolitik ein Super-GAU, die Schweiz würde zur unberechenbaren (Verhandlungs-)Partnerin und unsere internationale Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit wäre verspielt.

Die Schweizerische Gesellschaft für Aussenpolitik (SGA | ASPE) erwartet vom Bundesrat die zügige Klärung der offenen Punkte, einen raschen Vertragsabschluss, die Einleitung des Ratifizierungsverfahrens und die Zuleitung des Geschäfts an die Eidgenössischen Räte. Parallel zu den laufenden Klärungen mit der EU-Kommission soll die Botschaft zum Abkommen erarbeitet werden. Nach der parlamentarischen Beratung hat die Bevölkerung gemäss Art. 141 Abs. 1 Bst. d Ziff. 3 der Bundesverfassung (fakultatives Staatsvertragsreferendum) das demokratische Recht, sich zu diesem europapolitisch wichtigen Vertrag äussern zu dürfen. Es wäre der schweizerischen Demokratie unwürdig, wenn die - infolge der Pandemie - übermässige Exekutivlastigkeit auch im bedeutendsten politischen Geschäft des Jahrzehnts weiterhin aufrechterhalten wird. Der Ratifizierungsprozess darf nicht bereits im Bundesrat ausgebremst werden. Die Schweizer Stimmbevölkerung muss in der künftigen Ausgestaltung des bilateralen Wegs das letzte Wort haben dürfen.

Aus Sicht der SGA | ASPE gibt sich der Bundesrat einer Illusion hin, wenn er annimmt, dass mit dem Status quo des bilateralen Vertragswerks unsere Interessen für die Wirtschaft und damit zehntausenden von Unternehmen und hunderttausenden von Arbeitsplätzen, für Bildung, Forschung, Innovation und Kultur dauerhaft gewahrt werden können.

—
SGA | ASPE

Schweizerische Gesellschaft für Aussenpolitik
Associazione svizzera di politica estera
Association suisse de politique étrangère

Verträge wie das MRA müssen aufdatiert und andere Kooperationen wie Horizon Europe oder Erasmus+ neu ausgehandelt und abgeschlossen werden – ganz zu schweigen von neuen Abkommen wie im Bereich Strommarkt.

Hier steht nicht nur das federführende Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten, sondern auch das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Innovation unter Leitung von Bundespräsident Guy Parmelin in der Pflicht und Verantwortung.

Wir fordern den Gesamtbundesrat dazu auf, nicht weiterhin parteipolitische Kalküle über die Landesinteressen zu stellen, sondern die europapolitischen Weichen Richtung Zukunft zu stellen.

Für weitergehende Auskünfte:

Christa Markwalder, Präsidentin SGA, 079 222 52 80

Peter Schiesser, Vizepräsident, 079 466 95 11

Laurent Wehrli, Vice-Président, 079 221 80 62

Dr. Rudolf Wyder, Vizepräsident, 079 643 23 76